



Alternativantrag

der Fraktion der FDP

zu „Mit der Mietpreisbremse langfristig stabile und bezahlbare Mieten sicherstellen“
(Drucksache 20/2846)

Bauen, bauen, bauen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Wohnungsmarkt notwendig sind. Dafür muss der dringend benötigte Wohnraum geschaffen werden.

Die Landesregierung wird gebeten,

1. Maßnahmen zur Schaffung neuen Wohnraums zu priorisieren, insbesondere durch
 - a. eine deutliche Beschleunigung der Bau- und Genehmigungsverfahren durch den Abbau überbordender Bürokratie und die Nutzung digitaler Technologien,
 - b. die verstärkte Ausweisung von Bauland unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Standards;
2. flexible Bauvorschriften und innovative Bauweisen zu ermöglichen, wie etwa den Einsatz von seriellen und modularen Baukonzepten, um Baukosten zu reduzieren und Bauzeiten zu verkürzen;
3. Baustandards abzusenken, um einfachere und preiswertere Bauten zu ermöglichen, statt mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz zusätzliche Bauauflagen zu schaffen, die das Wohnen weiter verteuern;

4. sich für einen Grunderwerbsteuerfreibetrag für die erste selbst genutzte Immobilie einzusetzen;
5. ein Landes-Grundsteuergesetz mit einem einfachen Flächenmodell als Berechnungsverfahren vorzulegen, um der Verteuerung insbesondere für Wohnimmobilien entgegenzuwirken.

Begründung:

Die Mietpreisbremse hat sich bundesweit als ineffizient und kontraproduktiv erwiesen. Anstatt die Probleme auf dem Wohnungsmarkt zu lösen, hemmt sie die notwendigen Investitionen in den Wohnungsbau und verschärft langfristig die Wohnraumknappheit. Sie schafft lediglich kurzfristige Entlastungen für einige Mieter, ohne die strukturellen Ursachen der hohen Mietpreise zu adressieren.

Das Hauptproblem ist eine unzureichende Angebotssituation, die auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen ist: Lange und komplexe Genehmigungsverfahren, Mangel an baureifen Grundstücken, hohe Bau- und Energiekosten.

Ein nachhaltiger und bezahlbarer Wohnungsmarkt erfordert einen marktwirtschaftlichen Ansatz, der die Schaffung neuen Wohnraums in den Mittelpunkt stellt. Durch den Abbau bürokratischer Hindernisse und die Schaffung finanzieller Anreize können Investitionen in den Wohnungsbau gefördert und damit das Angebot auf dem Wohnungsmarkt nachhaltig erhöht werden.

Dr. Bernd Buchholz
und Fraktion